

# Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

April 1983 **8**

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert, zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 32 80 04-500 (Beate Bätje)  
Stichwort: WandZeitungs-Abo  
Herausgeber und Verlag: SSK e.V. Liebigstr. 25, 5 Köln 30  
Druck: Betrieb Merkenicher Str. 99, 5 Köln 60

Verantwortlich: Michael Birkenbeul  
Ensener Weg 64



## 2 Jahre ohne Strom und Wasser

Am 21. März 1981 besetzten wir die drei städtischen Häuser am Ensener Weg in Porz-Ensen. Am selben Tag noch zogen Obdachlose ein, die auch heute noch dort wohnen. Diese

Menschen waren von den Behörden in Stich gelassen worden und schöpften nur ein wenig Hoffnung, da sie wieder ein Dach über den Kopf hatten.

Mit dieser Besetzung wurde ein Spekulationsgeschäft des Porzer Millionärs und FDP-Ratsmitglieds Christoph Faber empfindlich gestört. Wir vom SSK deckten dieses Geschäft auf und machten es publik. Bei seinem Versuch, vor dem Zivilgericht und dem Amtsgericht gegen uns vorzugehen, scheiterte er auf der ganzen Linie. Vor dem Oberlandesgericht wurde uns erlaubt, folgende Behauptung weiterhin in der Öffentlichkeit zu verbreiten:

„Faber erreichte im Porzer Stadtrat (hier war er Fraktionsvorsitzender der FDP) durch Klüngelei mit seinen Parteifreunden und anderen Ratsmitgliedern, daß das Industriegebiet im Bebauungsplan 185 seinen Profitinteressen gemäß zu Bauland erklärt wurde.“

Und weiter: „Dieses millionenschwere Spekulationsgeschäft, zu jeder Zeit allen Verantwortlichen im Rat und der Verwaltung bekannt, wird bis heute noch durch alle Verantwortlichen gedeckt und gefördert. Interessenverfälschung und unsaubere Machenschaften scheinen die Stadt zu regieren.“

Klammheimlich zog Faber in der Zwischenzeit seine Anzeige wegen übler

Nachrede zurück. Uns wurde davon nichts mitgeteilt, erst als wir uns beim zuständigen Richter über den Stand des Verfahrens informieren wollten, erfuhren wir von der Zurücknahme.

Die FDP konnte ihr Parteimitglied in dieser Situation natürlich nicht alleine lassen. Winkler nannte uns „verwahrloste Jugendliche mit Flausen im Kopf.“ Sein Parteifreund Pauli (Ortsverbandsvorsitzender der FDP in Porz) meinte noch am 21.3.1981, seine Partei hätte nichts dagegen, wenn wir in den Häusern wohnen blieben. Heute ist Pauli längst auf der Linie von Faber, Winkler und Konsorten.

Als auf unsere Einsprüche und Beschwerden beim Minister für Landes- und Stadtentwicklung und beim Regierungspräsidenten der Stadtrat seinen Abrißbeschluß für die Häuser zurücknehmen mußte, beschlossen alle drei Parteien einstimmig, die Sammelschiene, die über das Gebiet der drei Häuser verläuft, zu bauen. Dafür gibt es keine Planung und vor allem kein Geld. Wie weiter mit den Häusern und den Bewohnern verwahren werden soll, sollte im Hauptausschuß entschieden werden.

Im Hauptausschuß kam es jedoch zu keiner vernünftigen Beschlußfassung. Es wurde völlig chaotisch abgestimmt,

Abstimmungsergebnisse wieder zurückgenommen, neu abgestimmt und zum Schluß kam nichts dabei raus. Was beschlossen wurde, lautete, die Häuser werden der GAG (Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft) treuhänderisch übergeben. Die GAG soll die Häuser mit einem Kostenaufwand von 500 000 DM instandsetzen.

In der folgenden Ratssitzung erklärte der Vorstandsvorsitzende der GAG, Bürgermeister Blens (CDU), die GAG sei nicht bereit, die Häuser zu übernehmen, solange die jetzigen Bewohner noch drin seien.

Das ist der Stand der Dinge. Offiziell scheint es auch so, als würde sich seit geraumer Zeit nichts mehr tun. Hintenrum hört man, daß die Stadt weiter mit der GAG verhandelt.

In der Hauptausschußsitzung erklärte Oberstadtdirektor Rossa, daß die Stadt eine Fürsorgepflicht für die Bewohner habe, das heißt, wenn die aus den Häusern geräumt werden, sind sie obdachlos und die Stadt muß sie unterbringen. Die Stadt hat aber keine andere Unterbringungsmöglichkeit.

Während das alles lief, renovierten die Bewohner die Häuser, machten Druck auf die Behörden und versuchten,

ihre Situation zu verbessern und zu klären.

Zwei Jahre Porz bedeuten für die Bewohner zwei Jahre ohne Strom und eine vernünftige Wasserversorgung. Ein Wasseranschluß besteht für drei Häuser, für dessen Einrichtung der

damalige Sozialdezernent Körner (mit Wissen Rossas) 1.200 DM als Spende an die Porzer Selbsthilfe übergab. Gegenüber dem RP erklärte Stadtdirektor Uhlenkükken: „Es ist nicht tunlich, die Wasserversorgung zu sperren, da teilweise auf dem Gelände Kinder und alte Menschen leben.“

Zwei Jahre Porz bedeuten aber auch, daß viele Leute in der Porzer Selbsthilfe einen neuen Anfang für ihr Leben machen konnten. Menschen, die nach gängigen Begriffen nichts mehr wert waren, die man zum Dreck, zum Abschaum oder zum Abfall zählte. Diese Menschen leben und arbeiten in der Porzer Selbsthilfe, bekämpfen ihre Probleme, haben neuen Lebensmut und meistern ihre Lebenssituation.

Um sich dieses alles zu erhalten, kämpfen diese Menschen mit aller Entschlossenheit für die Erhaltung der drei Häuser am Ensener Weg.

Sie kämpfen dafür, daß die Stadt in ihren Häusern für die Bewohner vernünftige Lebensbedingungen schafft, d.h. Anschluß von Strom und Wasser und einen Mietvertrag mit der Porzer Selbsthilfe gegen Wohnungsnot e.V.

Im Grundgesetz steht, die Würde des Menschen in unverletzlich! Das trifft auf alle Bürger dieses Staates zu. Die Bewohner sind Bürger dieses Staates, warum trifft dieser Artikel nicht auf sie zu? Die verantwortlichen Politiker dieser Stadt lassen die Bewohner in unzumutbaren Verhältnissen dahinkeulen. Kein Politiker in dieser unserer Stadt hat ein Gewissen, das ihm schlagen könnte, weil einem Teil der Kölner Bürger nicht die mindesten Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben gegeben werden. Nur die eigenen Pfründe, die eigenen Taschen sind für sie interessant.

Was Flick in Bonn ist, ist F & G in Köln. Der nächste Skandal in Köln ist schon am werden. Wir brauchen, eingedenk der Worte, die das Oberlandesgericht erlaubte, nur noch ein bißchen zu warten. Wir sagen ihnen aber: mit uns nicht!!!

Der SSK ruft alle Kölner Bürger und Bürgerinnen auf, die Porzer Selbsthilfe gegen Wohnungsnot e.V. zu unterstützen, in ihrem lebensnotwendigen Kampf um die drei Häuser am Ensener Weg in Porz.

**Porzer Selbsthilfe e.V.**  
Ensener Weg 64-68  
Telefon 820-12880

# Volkzählung — ohne uns

Vom SSK werden seit vielen Jahren Politiker, Behörden und Anstalten bekämpft, die auf verschiedenste Weise die Menschenrechte der kleinen Leute beschneiden, oder gar ganz außer Kraft setzen. Zu uns kommen Menschen, die unter zwielichtigen Umständen in psychiatrische Anstalten eingewiesen und dort wie Vieh gehalten werden, gegen Recht und Gesetz aus ihrer Wohnung vertrieben wurden, oder denen sonst ein Unrecht geschieht.

Pläne, dem "großen Geld" verpflichtet, An- und Einweisungen, willkürliche Gutachten, geschaffen von Politikern, Verwaltungsspitzen und sonstigen Beamten, werden ausgeschüttet und übergestülpt über Menschen, deren Rechte und Würde dabei allemal auf der Strecke bleiben. Die Grundlage dafür sind immer Statistiken, Gutachten, Felderforschungen und wie sie sonst noch alle heißen mögen.

DAS REICHT UNS JETZT !

Mit der neuen Volkzählung wird es für die nächsten 10 Jahre noch einfacher sein, festzuschreiben, wer in Heimen und Anstalten vor sich hinvegetiert. Denn - für die Betroffenen ist die zentrale Erfassung nur ein Grund mehr, nicht aus der Anstaltsunterbringung raus zu kommen, oder bei nächster Gelegenheit wieder hineinzukommen.

Mit der neuen Volkzählung wird es auch noch einfacher sein, kleine Leute in den Ruin zu stürzen. Denn - finanzkräftige Konzerne haben jetzt alle Daten an der Hand, um Wohngebiete profitträchtig wegzusanieren. Noch mehr Menschen werden in seelenlose Betonburgen, Obdachlosenasyile oder schlimmstenfalls auf die Straße vertrieben.

Hier schließt sich der Teufelskreis, denn ein nicht geringer Teil dieser Menschen, wird als Abfallprodukt in die Psychiatrie oder andere Anstalten abgeschoben.

Wir wollen auf jeden Fall nicht auf den grünen Verhandlungstischen der sauberen und hohen Herrschaften als Ware nach Kauf- und Arbeitskraft, Schulbildung, persönlichen Lebensumständen oder Herkunft gehandelt werden. Wir wollen kein Teil dieses miesen Geschäfts mit Menschen sein. Wir wehren uns gegen die, die unser Leben rückhaltlos offen legen wollen, um besser Pläne gegen unsere Rechte und Interessen als Bürger machen zu können.

Wer will, kann sich in Sachen Volkzählung an die SSK-Gruppen in Köln (Salierring oder Ehrenfeld und Mülheim) oder in Bergisch-Gladbach (Refrath) wenden.

## 6. April: Tag der „Älteren Generation“

Zum Tag der „Älteren Generation“ am Mittwoch, dem 6. April um 11 Uhr werden wir Mülheimer Senioren gemeinsam mit jungen Bürgern, denn die Jungen sind die Alten von Morgen, den Bauplatz des Altenheims auf dem Dreikönigen-Gelände besichtigen und dort unsere Forderungen der Öffentlichkeit bekannt machen:

Wir bestimmen über uns selber und lassen uns nicht länger verwalten.

Wir lassen uns nicht ins Altenheim abschieben.

Wir verlangen altengerechte Wohnungen und gemischte Wohnformen im Sanierungsgebiet Mülheim und überall in Köln.

Wir verlangen den Aufbau eines häuslichen Versorgungs- und Pflegedienstes in Mülheim, der alten Menschen erlaubt, in ihren Wohnungen zu bleiben, auch wenn sie gebrechlich werden.

Wir fordern:

## STOPPT den Bau des Altenheims auf dem Dreikönigen-Gelände

Wir brauchen keine goldenen Käfige und keine Goldgruben für Verbände und Ärzte.

## Macht aus dem Neubau Sozial- Wohnungen mit billigen Mieten

vor allem für Familien, die ihre Alten selbst pflegen wollen, die aber keinen ausreichenden Wohnraum haben.

ALLE, die ihr Leben nicht in einer Anstalt beenden wollen, laden wir ein, sich mit uns gemeinsam am

Mittwoch nach Ostern, den 6. April um 11 Uhr vor dem Neubau Keupstraße/Ecke Mülheimer Freiheit zu treffen.

Aktionsgemeinschaft Mülheimer Teestube Ambulanz SSK-  
Jung und Alt Seniorentreff Mülheim im SSK Mülheim

# ∞ Hand in Hand ∞

Nach dem „altbewährten“ und immerwiederkehrenden Muster ist das Haus Gellertstr. 1 in Nippes abgerissen worden!!!!!! Die Securia (Baubetreuungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH) hatte im Februar widerrechtlich ohne Abrißgenehmigung begonnen, die Wohnungen, gut erhaltener, billiger Wohnraum für arme Leute, kaputtzuschlagen!!!!

Das Wohnungsamt schritt dann „natürlich“, nachdem der SSK ihm fast im wahrsten Sinne des Wortes wegen dieses Rechtsverstößes „die Türen eingerannt hatte“, mit Androhung „hoher Bußgelder“, die der Bauherr ja eh schon in den Neubaukosten mit eingeplant hat und von den Steuern absetzt, ein und versiegelte das Haus. ALLES KLAR, DENKT DANN DER GUTGLÄUBIGE BÜRGER!!!

FALSCH GEDACHT,

denn nach ein paar Wochen, nachdem sich die Woogen des Volkszorns im Vertrauen auf „unsere Stadtväter“ (die werden's schon machen) geglättet hatten, erteilte das Wohnungsamt die Abrißgenehmigung und gab somit den Weg frei für den Abriß, damit die Securia im sog. Bauherrenmodell für Reiche, wie Ärzte oder dergleichen oder vielleicht sogar für reiche „Stadtväter“ und „Volksvertreter“, wer weiß, teure Eigentumswohnungen bauen kann. Die Namen derer, die dahinter stecken, die bleiben dabei natürlich geheim. Das ganze nennt sich dann im Volksmund

## Kölsche Klüngel

Und ganz zum Schluß beeilen sich die Stadtväter dann noch, in aller Öffentlichkeit zu wehklagen, wie machtlos sie gegen diese Art der Wohnraumvernichtung ist. KAUM ZU GLAUBEN, WEIL DIE STADT ES JA IST, DIE DIE ANDEREN ZU DIESEM BAUHERNPROJEKT GEHÖRENDE GRUNDSTÜCKE ZWISCHEN GELLERT.- UND FRANZISKASTRASSE VORHER SCHON DER SECURIA VERKAUFT HAT!!!!!!!

V.i.S.d.P.: J. Sabo u. K. Breidenbach

## Schenkung



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit wollen wir der Stadt ein Wandbild schenken, das den Klüngel und die Schiebereien der Wohnungspolitik darstellt. Einige von Ihnen aus Rat und Verwaltung bereichern sich an den Abrißschweinereien. Für zigttausend kleiner Leute jedoch bedeutet dies die Obdachlosigkeit und ihre schrecklichen Folgen. Allein in der Niehlerstr. im Stadtteil Nippes haben Sie in den letzten 10 Jahren 39 Häuser abgerissen und damit über tausend Menschen in den Ruin getrieben. Das Wandbild befindet sich in der Niehlerstr. 105, einem besetzten Haus, deren Bewohner sich zum Ziel gesetzt haben, sich gegen städtische Willkür und Profitdenken zu wehren.

Unser Bild existiert zwar noch nicht lange Zeit, aber wir sind sicher, daß schon mehr Leute das Bild betrachtet und sich damit auseinandergesetzt haben, als über irgendeinen verstaubten Kunstschinken in ihren geheiligten Museen. Da verschleudern Sie 1 Milliarde und bauen damit das Mammutprojekt Ludwig-Museum, um die Kunstschenkung des Schokofabrikanten Ludwig zu würdigen.

Unsere Kunst kostet Sie jedoch keinen Pfennig

Wir brauchen keinen Kunstpalast

Die Kunst gehört auf die Straße, ins alltägliche Leben

Das Wandbild demonstriert die Verzweiflung und die Wut immer mehr Kölner Bürger ist an ein Haus gemalt, daß dieser Wut durch eine Besetzung Ausdruck verliehen hat.

Wir möchten Ihnen diese wirklich bürgernahe Kunst gerne schenken und erwarten Ihre Antwort.

Bis dann, wir bleiben dran.

